

Amtsblatt des Main-Taunus-Kreises

MITTEILUNGSBLATT FÜR ALLE BEHÖRDEN DES KREISES

Herausgeber Kreisverwaltung: Kreisausschuss und Landrat

Nr. 61

3. September

2021

Allgemeinverfügung des Kreisausschusses des Main-Taunus-Kreises zur Verhinderung der weiteren Ausbreitung des Corona-Virus im Main-Taunus-Kreis

Aufgrund von §§ 16, 28 Abs. 1, 28a Abs. 1 Infektionsschutzgesetz (IfSG) vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Art. 1 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes und weiterer Gesetze vom 28.05.2021 (BGBl. I S. 1174), in Verbindung mit § 5 Abs. 1 des Hessischen Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (HGöGD) vom 28. September 2007 (GVBl. I S. 659), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 06. Mai 2020 (GVBl. S. 310), sowie § 27 Abs. 2 der Verordnung zum Schutz der Bevölkerung vor Infektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV 2 (CoSchuV) des Landes Hessen vom 22. Juni 2021 (GVBl. S. 282), zuletzt geändert durch Art. 1 der Zweiten Verordnung zur Änderung der Coronavirus-Schutzverordnung vom 17. August 2021 (GVBl. S. 386) ergeht folgende

Allgemeinverfügung

Abweichend von den Bestimmungen der Verordnung zum Schutz der Bevölkerung vor Infektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV 2 (CoSchuV) des Landes Hessen vom 22. Juni 2021 in der ab dem 19. August 2021 gültigen Fassung wird für das Gebiet des Main-Taunus-Kreises angeordnet:

I.

3-G-Regel

1. Ein Negativnachweis im Sinne von § 3 CoSchuV ist neben den bereits in der CoSchuV geregelten Fällen erforderlich:
 - a) zum Einlass bei Zusammenkünften, Fachmessen, Veranstaltungen und Kulturangeboten nach § 16 Abs. 1 CoSchuV (auch im Freien) unabhängig von der Teilnehmerzahl (d.h. auch bei mehr als 25 bis einschließlich 100 Personen), dies gilt auch für private Feierlichkeiten in öffentlichen und eigens angemieteten Räumen,
 - b) zum Einlass von Besuchern in Einrichtungen der Behindertenhilfe,
 - c) zum Einlass für Gäste in die Innen- und Außengastronomie (ausgenommen Betriebsangehörige in Betriebskantinen),
 - d) zum Einlass für Gäste in Spielbanken, Spielhallen und ähnlichen Einrichtungen sowie zum Aufenthalt in Wettvermittlungsstellen,
 - e) zum Einlass für Gäste in die Innenräume und auf die Außenflächen von Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie von Sportstätten, dies gilt nicht für den Spitzen- und Profisport.

2. Für folgende Einrichtungen/Angebote/Veranstaltungen ist ein Einlass nur von Personen mit Negativnachweis nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 2 oder 4 CoSchuV (vollständig geimpft, genesen oder negativer **PCR-Test**) zulässig:
 - a) Gäste im Außenbereich von Tanzlokalen, Diskotheken, Clubs und ähnlichen Einrichtungen; dies gilt gem. § 24 Abs. 2 CoSchuV bereits auch für den Innenbereich,
 - b) Kundinnen und Kunden in Prostitutionsstätten.
3. Für Übernachtungsbetriebe mit Gemeinschaftseinrichtungen wird die Vorlage eines Negativnachweises nach § 3 CoSchuV für Gäste bei Anreise und danach alle 72 Stunden angeordnet.

Hinweis: Gem. § 3 Abs. 1 CoSchuV gilt eine Testpflicht nicht für Geimpfte und Genesene sowie für Kinder unter 6 Jahren. Für Kinder, die noch nicht eingeschult sind, wird ebenfalls von einem Testerfordernis abgesehen.

II. Erweiterte Maskenpflicht

1. Das Tragen einer medizinischen Maske ist neben den bereits in § 2 Abs. 1 CoSchuV geregelten Fällen erforderlich
 - a) in Gedrängesituationen, in denen die Mindestabstände nicht eingehalten werden können, insbesondere beim Einlass und in Warteschlangen von Veranstaltungen oder auf stark frequentierten Verkehrswegen, Plätzen und Flächen (z.B. Parkplätze, Fußgängerzonen, Verkehrsknotenpunkte),
 - b) in den Schulen auch am Sitzplatz, nicht jedoch, wenn das Tragen einer medizinischen Maske aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich ist (vgl. § 2 Abs. 2 Ziffer 2 CoSchuV).
2. Abweichend bzw. ergänzend zu § 2 Abs. 1 und Abs. 2 Ziffer 3 CoSchuV ist das Tragen einer FFP2-Maske (oder gleichwertig) erforderlich,
 - a) für das Personal in Alten- und Pflegeeinrichtungen im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 2 Infektionsschutzgesetz (IfSG) beim Personenkontakt mit Bewohnerinnen und Bewohnern und für Besucher dieser Einrichtungen (dies gilt auch im Zimmer),
 - b) während der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ausgenommen hiervon sind Kinder unter 16 Jahren).

Hinweis: Die Ziffern 2 und 3 gelten auch für geimpfte und genesene Personen.

III. Kontakt-/Teilnehmerbeschränkung

Abweichend von § 16 Abs. 1 CoSchuV gilt eine Teilnehmerbegrenzung für Veranstaltungen, Kulturangebote und größere Zusammenkünfte bis 200 Personen im Freien und 100 Perso-

nen in Innenräumen (zuzüglich Geimpfte und Genesene); die zuständige Behörde kann ausnahmsweise eine höhere Teilnehmerzahl bei Gewährleistung der kontinuierlichen Überwachung der Einhaltung der übrigen Voraussetzungen gestatten. Dies gilt auch für private Feierlichkeiten in öffentlichen oder eigens angemieteten Räumen.

IV. Empfehlung zum Homeoffice

Arbeitgebern wird empfohlen, den Beschäftigten im Fall von Büroarbeit oder vergleichbaren Tätigkeiten anzubieten, diese Tätigkeiten in deren Wohnung auszuführen, wenn keine zwingenden betriebsbedingten Gründe entgegenstehen

V. Geltungsdauer

Diese Allgemeinverfügung tritt am 06.09.2021 (00:00 Uhr) in Kraft. Gleichzeitig tritt die Allgemeinverfügung vom 23.08.2021, veröffentlicht im Amtsblatt des Main-Taunus-Kreises Nr. 58, außer Kraft. Diese Allgemeinverfügung gilt vorerst bis zum 30. September (24:00 Uhr). Eine Verlängerung bleibt vorbehalten.

Begründung:

Rechtsgrundlage für die getroffenen Maßnahmen ist §§ 16, 28, 28a Infektionsschutzgesetz (IfSG). Nach § 28 Abs. 1 Satz 1 hat die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen zu treffen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden oder sich ergibt, dass ein Verstorbener krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider war, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Nach Satz 2 kann die zuständige Behörde Veranstaltungen einer größeren Anzahl von Menschen beschränken oder verbieten und Badeanstalten oder in § 33 IfSG genannte Gemeinschaftseinrichtungen oder Teile davon schließen; sie kann auch Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht zu verlassen oder bestimmte Orte nicht zu betreten, bis die notwendigen Schutzmaßnahmen durchgeführt worden sind.

Notwendige Schutzmaßnahmen im Sinne des § 28 Absatz 1 Satz 1 und 2 zum Zwecke der Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) sind in § 28a IfSG (nicht abschließend) aufgezählt. Insbesondere können Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen (Ziffer 3) erlassen werden. Die Regelungen des § 28a IfSG sind geknüpft an die Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite durch den Deutschen Bundestag. Mit Beschluss vom 25. März 2020 stellte der Deutsche Bundestag die epidemische Lage von nationaler Tragweite nach § 5 Absatz 1 Satz 1 IfSG fest, diese dauert auch zum Erlasszeitpunkt dieser Allgemeinverfügung noch an.

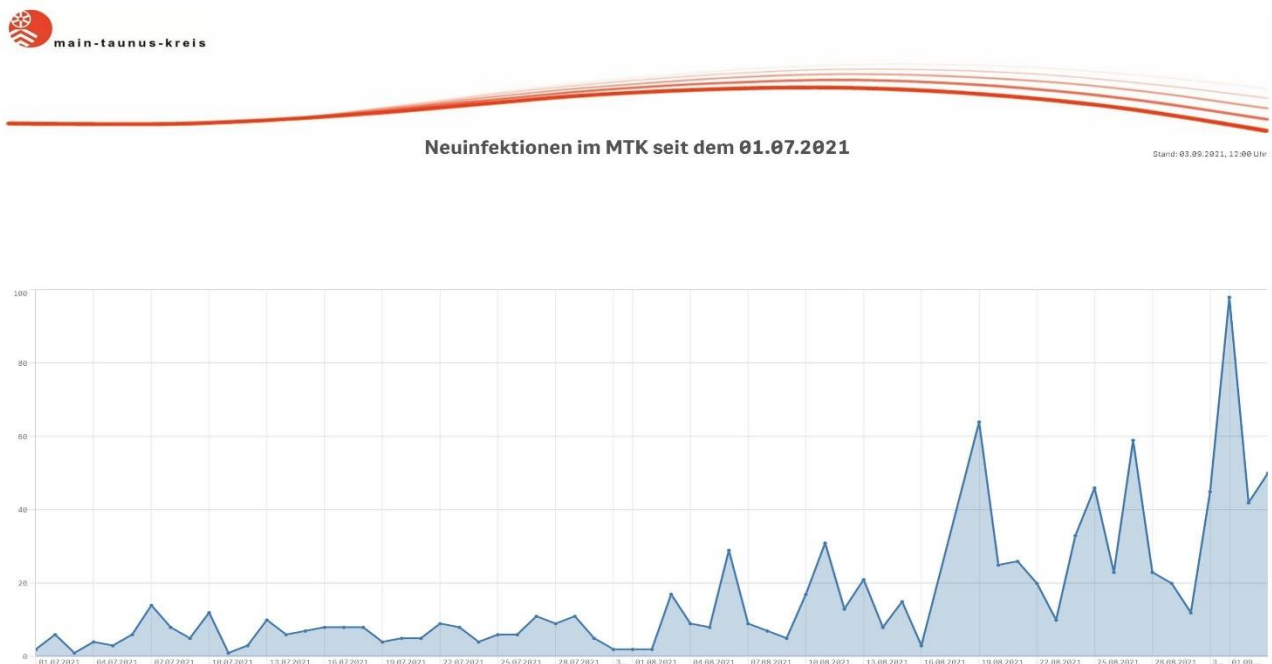
Die Hessische Landesregierung hat zudem gemäß § 32 Satz 1 IfSG in Verbindung mit § 28a IfSG und § 89 Abs. 1 Satz 1 Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung die Verordnung zum Schutz der Bevölkerung vor Infektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV 2 (Coronavirus-Schutzverordnung – CoSchuV) erlassen. Durch den gemeinsamen Erlass des

Hessischen Ministers des Innern und für Sport sowie des Hessischen Ministers für Soziales und Integration zuletzt vom 17. August 2021 wurde dem Main-Taunus-Kreis durch ein „Präventions- und Eskalationskonzept“ zur Eindämmung der weiteren Ausbreitung von SARS-CoV-2 in Hessen aufgetragen, Maßnahmen abhängig von der Neuinfektion pro 100.000 Einwohnern und Einwohnerinnen innerhalb der vergangenen sieben Tage (7-Tages-Inzidenz) durchzuführen.

Gem. § 27 Abs. 2 CoSchuV sind die örtlich zuständigen Behörden befugt, auch über die CoSchuV hinausgehende Maßnahmen nach Maßgabe des „Präventions- und Eskalationskonzeptes“ anzuordnen. Die vom RKI gemeldete 7-Tages-Inzidenz im Main-Taunus-Kreis liegt am 03.09.2021 bei 120 (COVID-19-Dashbord auf www.rki.de).

Der Main-Taunus-Kreis befindet sich demnach in der 4. Stufe (rot) des Präventions- und Eskalationskonzeptes des Landes Hessen vom 17.8.2021.

Die Neuinfektionen im Main-Taunus-Kreis stellen sich seit dem 1.7.2021 wie folgt dar:



Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Allgemeinverfügung ist von einem weiteren Anstieg der COVID-19 Fälle auszugehen.

Die gemeldeten Fälle treten im Main-Taunus-Kreis verteilt auf. Sie betreffen nicht nur lediglich einzelne Einrichtungen, Betriebe oder sonstige abgrenzbare Teilbereiche des öffentlichen Lebens. Vielmehr handelt es sich seit dem 20.8.2021 bei den Neuinfektionen um 1/3 Reiserückkehrer, zudem um Infektionen am Arbeitsplatz oder im privaten Umfeld, sofern der Ansteckungsort überhaupt angegeben werden kann.

Von den am 03.09.2021 infizierten 552 Personen im Main-Taunus-Kreis sind die große Mehrheit, mithin 61,6%, nicht oder nicht vollständig geimpft.

Die im Krankenhaus behandlungspflichtigen Personen sind ebenfalls überwiegend nicht oder nicht vollständig geimpft. Die Wirksamkeit der Corona-Schutzimpfung ist ersichtlich; die noch nicht ausreichende Impfquote der Bevölkerung und der deutliche Anstieg der Infektionszahlen machen das Erfordernis weiterer Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie deutlich.

Es befinden sich aktuell 6 Bürgerinnen / Bürger in den Krankenhäusern im Kreisgebiet; wovon 2 intensivmedizinisch versorgt werden müssen.

Das Robert Koch-Institut schätzt die Gefährdung für die Gesundheit der nicht oder nur einmal geimpften Bevölkerung in Deutschland insgesamt weiterhin als hoch ein. Für vollständig Geimpfte wird die Gefährdung als moderat eingeschätzt. Diese Einschätzung kann sich kurzfristig durch neue Erkenntnisse ändern. Die aktuelle Version der Risikobewertung findet sich unter www.rki.de/covid-19-risikobewertung.

Aufgrund dessen sieht sich der Kreisausschuss des Main-Taunus-Kreises als nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 und § 5 Abs. 1 des Hessischen Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (HGöGD) zuständige Gesundheitsbehörde dazu veranlasst, unter Beachtung der vorgenannten Regelungen die oben aufgezeigten notwendigen Schutzmaßnahmen, die zur Verhinderung der weiteren Ausbreitung des Corona-Virus SARS-CoV-2 erforderlich sind, zu treffen.

Zu den Maßnahmen im Einzelnen:

Ziffer I. „3-G-Regel“

Die Maßnahmen zur „3-G-Regel“ sind hierzu geeignet. Sie sind geeignet, nicht zuletzt asymptomatische Infektionen bei Personen frühzeitig zu detektieren, bevor diese Orte aufsuchen und Angebote wahrnehmen, die die Gelegenheit für zahlreiche Kontakte bieten und somit ein erhebliches Weitertragungspotential haben. Diese Eignung gewinnt vor dem Hintergrund der breitflächig gelockerten Maskenpflicht besonderes Gewicht. Die frühzeitige Aufdeckung von Infektionen ermöglicht die rasche Unterbrechung von Infektionsketten und damit eine Verhinderung der unbegrenzten Weiterverbreitung von SARS-CoV-2 in der Bevölkerung.

Die Maßnahme sind auch erforderlich, da sich die Infektions- und Weitertragungsgefahr an dem Publikumsverkehr offenstehenden und häufig stark frequentierten Orten, die sich zudem in geschlossenen Räumen befinden, wo ohnehin eine gesteigerte Infektionsgefahr herrscht, anders nicht gleich wirksam reduzieren lässt. Mildere, aber gleich wirksame Maßnahmen sind nicht ersichtlich. Eine umfassende Maskenpflicht alleine wäre insofern nicht gleich wirksam. Gleiches gilt für Trenn- oder Abstandsmaßnahmen, die zwar als sinnvolle flankierende Schutzmaßnahmen bestehende Infektionsgefahren reduzieren können, aber nicht ebenso wirksam wie die frühzeitige Erkennung und die damit einhergehende Isolation von erkrankten Infizierten sind. Die Maßnahme ist überdies milder als den Besuch von Veranstaltungen oder den betroffenen Örtlichkeiten weiter zu beschränken oder gar ganz zu untersagen. Wo Kontakte mit Dritten ohnehin nicht oder allenfalls kaum zu gewärtigen sind, wie etwa in Übernachtungsbetrieben ohne Gemeinschaftseinrichtungen, bedarf es der Vorlage eines Testnachweises gem. § 23 Nr. 1 CoSchuV ausdrücklich nicht.

Die weitere Einschränkung der Möglichkeiten einen Negativnachweis zu führen in den Ziffern I. 2. Und I.3. trägt dem Umstand Rechnung, dass sich diese Regelungen auf Örtlichkeiten beziehen, in denen regelmäßig besonders enge Kontakte gepflegt werden, was wiederum mit einer weiter erhöhten Ansteckungsgefahr einhergeht.

Die Maßnahmen sind auch unter Berücksichtigung der sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen, der allgemeinen Handlungsfreiheit, ggf. dem Eigentumsrecht, dem Recht auf körperliche Unversehrtheit und der Berufsfreiheit der Unternehmer im Sinne von § 28a Abs. 6 IfSG angemessen. Die Infektionslage verschärft sich aktuell erneut wohl vor allem infolge der Durchsetzung der Delta-Variante, die beispielsweise in Großbritannien und Israel zu einem erheblichen Wiederanstieg der Infektionszahlen geführt hat, obwohl in den genannten Ländern vergleichsweise höhere Impfquoten als in Deutschland erreicht sind. Bei vorliegenden Genesenennachweisen oder Impfnachweisen ist dies nicht einmal in nennenswerter Weise der Fall. Bei Abstrichen etwa im Nasenraum zur Durchführung einer Testung ist die körperliche Integrität allenfalls in marginaler und insbesondere nicht gesundheitsbeeinträchtigender Weise betroffen, so dass es sich insoweit ohne weiteres um eine zumutbare Beeinträchtigung handelt, die die Landesregierung in anderen Zusammenhängen als ohne weiteres hinnehmbar angesehen hat und ansieht. Eine Körperverletzung liegt dementsprechend bei einer Testung ausdrücklich nicht vor (vgl. OLG Oldenburg, Beschluss vom 10.05.2021 - Az. 1 Ws 141/21).

Ziffer II. „Erweiterte Maskenpflicht“

Die in **Ziffer II.1.** geregelte erweiterte Pflicht zum Tragen einer medizinischen Maske ist ebenfalls geeignet, eine Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 zu verlangsamen. Durch den vorherrschenden Übertragungsweg von COVID-19 über Tröpfchen, z. B. durch Husten, Niesen, und durch teils mild erkrankte oder auch asymptomatisch infizierte Personen kann es zu Übertragungen von Mensch zu Mensch kommen. Um die Zunahme der Infektionen mit dem neuartigen Corona-Virus zu verlangsamen ist die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung eine geeignete Schutzmaßnahme. So empfiehlt das Robert-Koch-Institut (RKI) – dessen Einschätzungen im Bereich des Infektionsschutzes nach dem Willen des Gesetzgebers besonderes Gewicht zukommt (vgl. § 4 IfSG) – ein generelles Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung in bestimmten Situationen im öffentlichen Raum als einen weiteren Baustein, um Risikogruppen zu schützen und den Infektionsdruck und damit die Ausbreitungsgeschwindigkeit von COVID-19 in der Bevölkerung zu reduzieren. Die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung dient dabei nicht allein dem Schutz des jeweiligen individuellen Trägers vor einer eigenen Ansteckung, sondern gerade auch dem Schutz anderer Personen. Nach Einschätzung des RKI können durch eine Mund-Nasen-Bedeckung infektiöse Tröpfchen, die man z. B. beim Sprechen, Husten oder Niesen ausstößt, abgefangen werden. Das Risiko, eine andere Person durch Sprechen, Husten oder Niesen anzustecken, könne so verringert werden. Dies gilt insbesondere für Situationen, in denen mehrere Menschen in Räumen zusammentreffen und sich dort längere Zeit aufhalten oder Abstände nicht eingehalten werden können.

Die **Ziffer II.2.** dient dem gleichen Zweck und ist zu diesem ebenfalls geeignet. Gleichzeitig wird mit dieser Regelung dem besonderen Schutzbedarf vulnerabler Gruppen getragen. Im Main-Taunus-Kreis sind seit dem 25. Juli 2021 in vier Alten- und Pflegeeinrichtungen Ausbrüche mit dem SARS-CoV-2 Virus aufgetreten. Hier gab es insgesamt 87 erkrankte Bewohner, zehn Bewohner sind im Zusammenhang mit der Infektion verstorben. Neun Pflege-

kräfte waren infiziert, davon waren 8 Mitarbeiter ungeimpft. Zur Verhinderung weiterer schwerer Erkrankungen und Todesfälle unter den sensiblen Bewohnern muss der Eintrag des Virus in Alten- und Pflegeheime möglichst vermieden werden. Alte Menschen sind aufgrund einer reduzierten Immunabwehr deutlich empfänglicher für Infektionen. Daher ist die Anordnung einer Pflicht zum Trage von FFP-2 oder vergleichbaren Masken für das Personal auch erforderlich.

Auch die potenziell besonders beengte Situation in öffentlichen Verkehrsmitteln erfordert es vor dem Hintergrund der Infektionslage einen signifikant höheren Ansteckungsschutz durch entsprechende Masken, da sie besonders dazu geeignet sind, die Übertragung infektiöser Tröpfchen zu vermindern.

Ziffer III in Ziffer IV „Kontakt-/Teilnehmerbeschränkung“ und „Homeoffice“

Schließlich ist die in der **Ziffer III.** geregelte Reduzierung der höchstzulässigen Teilnehmerzahl bzw. Nutzerzahl der betroffenen Einrichtungen sowie die Reduktion von Gruppengrößen im öffentlichen Raum eine geeignete Schutzmaßnahme, wie nicht zuletzt die Aufnahme dieser Maßnahmen in den Katalog der Standardschutzmaßnahmen des § 28a Abs. 1 IfSG belegt. Diese Maßnahmen dient der Beschränkung von Kontaktmöglichkeiten. Die Beschränkung der Kontaktmöglichkeiten zwischen den Menschen ist bei einer von Mensch zu Mensch per Tröpfchen oder Aerosol übertragbaren Krankheit eine klassische Maßnahme des Infektionsschutzes. Eine geringere Anzahl an Kontaktmöglichkeiten begrenzt die Möglichkeiten des Virus, sich in einer großen Menschengruppe ungehindert zu verbreiten.

Diese Maßnahmen sind auch erforderlich, da im Falle des Zusammentreffens zahlreicher Personen auf beschränktem und gegebenenfalls sogar geschlossenen Raum noch immer keine milderen Maßnahmen zur Verfügung stehen, die einen auch nur vergleichbaren Schutz zu begründen vermögen. Die Anordnung anderer Schutzmaßnahmen wie etwa Trennwände oder vergleichbare Maßnahmen, die zwar einen wirksamen Schutz gegen durch die Aufnahme von Tröpfchen hervorgerufene Infektionen begründen können, nicht aber die Infektionsgefahr durch Aerosole adressieren, sind nicht gleich effektiv. Auch eine strenge Einhaltung von Mindestabständen vermag im Hinblick auf die Infektionsgefahren durch Aerosole keinen gleich wirksamen Beitrag zum Infektionsschutz zu leisten wie die hier angeordnete Maßnahme. Die vollständige Untersagung der Veranstaltung bzw. Schließung der Einrichtungen wäre infektiologisch betrachtet fraglos zwar noch wirksamer, aber weitaus schwerwiegender im Hinblick auf die wohlverstandenen Rechte und Interessen der Veranstalter und Betreiber angesichts der derzeitigen Infektionslage unter Berücksichtigung anderer Faktoren wie etwa der Impfquote.

Die Maßnahme ist auch unter Berücksichtigung der sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen, der allgemeinen Handlungsfreiheit, ggf. dem Eigentumsrecht und der Berufsfreiheit der Veranstalter und Betreiber im Sinne von § 28a Abs. 6 IfSG angemessen. Die Infektionslage ist im Hinblick auf die Dominanz der besorgniserregenden Virusvariante Delta und die wieder vermehrt stattfindenden Infektionen erneut angespannt. Jedoch bringt die Maßnahme die grundrechtlich geschützten Interessen der Besucher, Betreiber und Veranstalter in einen sachgerechten Ausgleich mit den zwingenden Erfordernissen des Infektionsschutzes bei erneut erhöhten Infektionszahlen.

Auch die Empfehlung in Ziffer IV. zur Ermöglichung der Arbeit von zu Hause dient der Vermeidung von Kontakten und einer eventuellen Infektion am Arbeitsplatz.

Bei der Entscheidung über die geregelten Maßnahmen handelt es sich nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Hs. 2 IfSG um eine Ermessensentscheidung. Sie wird aufgrund der erneut gesteigerten Gefährdung durch SARS-CoV-2 und insbesondere die Dominanz seiner besorgniserregenden und ansteckenderen Variante Delta unter Anlehnung an das Präventions- und Eskalations-konzept zur Eindämmung der weiteren Ausbreitung von SARS-CoV-2 in Hessen ergriffen.

Die angeordneten Maßnahmen sind zweckmäßig und, wie dargestellt, auch verhältnismäßig. Durch die kurze Befristung ist überdies eine zeitnahe und fortlaufende Evaluierung von vorneherein gewährleistet.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage bei dem Verwaltungsgericht in Frankfurt

Verwaltungsgericht Frankfurt
Adalbertstraße 18
60486 Frankfurt am Main

schriftlich oder mündlich zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichtes oder elektronisch unter Verwendung einer qualifizierten elektronischen Signatur über das elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) erhoben werden.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Main-Taunus-Kreis, vertreten durch den Kreisausschuss) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder Abschrift beigefügt werden. Eine Klage gegen diese Allgemeinverfügung hat gem. § 16 Abs. 8 IfSG keine aufschiebende Wirkung. Allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigefügt werden.

Hofheim, den 3. September 2021



Michael Cyriax
Landrat